



Imame und Vereinsvorsitzende werden zu Multiplikatoren geschult.

Moscheevereine als Integrationshelfer

Ein Konzept zur Schulung von Imamen und Vereinsvorsitzenden der Diyanet-Moscheevereine

Erziehungsprobleme mit den Kindern und deren Schulschwierigkeiten vertrauen die Eltern oftmals dem Imam ihres Moscheevereins an. Er ist den ganzen Tag für alle Besucher – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – ansprechbar: Sie bauen darauf, dass er weiß, was richtig und was falsch ist.

Die Mitglieder der Moscheevereine gehören tendenziell zu den sogenannten bildungsfernen Familien und suchen die Moschee als orientierungs- und sicherheitsgebenden Raum auf. Dort werden die altbekannten Traditionen und Werte gepflegt, und dementsprechend wird die Person des Imams wie auch die des Vereinsvorsitzenden als vertrauenswürdig empfunden. Mit dieser Position innerhalb der Moscheevereine können Imame im Integrationsprozess der Jugendlichen und ihrer Familien eine wichtige Brückenfunktion einnehmen. Jedoch fehlen diesen Funktionsträgern oftmals die erforderlichen Informationen zum deutschen Erziehungs- und Ausbildungssystem sowie zu den kommunalen Einrichtungen. In der Regel verfügen sie zudem nur über geringe Deutschkenntnisse und aufgrund dessen auch nur

über geringe Kontakte zu deutschen Institutionen. Dies ist insbesondere bei den neu eingesetzten Imamen zu beobachten. Ihre Informationen beziehen diese in der Regel über die Vorstands- und Vereinsmitglieder, deren Wissen aber auch nur selten fundiert ist.

In der Zusammenarbeit und in Gesprächen mit den Ausländerbeiräten, mit den Diyanet-Moscheevereinen, den türkischen Konsulaten und innerhalb des RAA-Verbundes NRW wurde immer wieder die Problematik der zeitlich begrenzten Abordnung der Imame der Diyanet thematisiert. Als Beamte des türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten werden sie für vier Jahre in einer Diyanet-Moschee in Deutschland eingesetzt. Danach gehen sie wieder zurück in die Türkei.

Diese Situation ist der Ausgangspunkt, der zur Entwicklung einer Schulungsreihe für Imame und Vereinsvorsitzende von Moscheevereinen führte. Durch die Bereitschaft des Religionsattachés des türkischen Konsulats Essen, als Projektpartner mitzuwirken, wurden die Imame und Vereinsvorsitzenden der Diyanet-Moscheevereine zu Projektadressaten.

Das Projekt will die Rolle der Imame und der Vereinsvorsitzenden nutzen und diese durch Seminare gezielt zu Multiplikatoren schulen:

1. zu Ansprechpartnern für Lehrerinnen und Sozialpädagogen vor Ort. Sie verfügen in der Regel über ein gutes Wissen hinsichtlich der Erfahrungsfelder der Migrantenfamilien – anders gesagt: “sie wissen, wo den Migrantenfamilien der Schuh drückt”.
2. zu kompetenten Beratern und Vermittlern für Eltern und Kinder. Dies setzt Wissen über das deutsche Bildungs- und Erziehungssystem, über die dort wichtigen und aktuellen Themen und über die Ansprechpartner in den relevanten Institutionen voraus.

ZIELE und PROJEKTBAUSTEINE

Projektziele

- Stärkung der Beratungs- und Vermittlungskompetenz der Imame durch Vermittlung von Wissen über das deutsche Erziehungs-, Bildungs- und Gemeinwesen
- Gewinnung von Multiplikatoren für die Themenbereiche Schule, Jugendhilfe, Ausbildung, Familie und Gemeinwesen
- Förderung der Kontakte zu Institutionen außerhalb der Moscheegemeinde

Trägernetzwerk

Ein wichtiger Projektbaustein ist das gut funktionierende Trägernetzwerk, das die Teilnahme der Imame am Projekt, die Akzeptanz der Diyanet-Moscheen und der Öffentlichkeit, die Finanzierung, die Themeninhalte, die Organisation und die Koordination sichert.

Das Trägernetzwerk setzt sich aus folgenden Kooperationspartnern zusammen:

1. RAA-Verbund NRW
 - Hauptstelle RAA; finanzielle Förderung der Seminare
 - RAA Kreis Unna; Projektleitung/-koordination
 - AKM (Arbeitskreis Migranten); Seminarinhalte/Themenauswahl
 - RAA Gelsenkirchen, Duisburg, Remscheid/Seminargestaltung und Referententätigkeit
2. Religionsattachés der Türkischen Konsulate NRW
 - Essen
 - Düsseldorf
 - Münster
 - Köln

Diese Projektpartner bewirken die Teilnahme aller Imame in NRW an den Seminaren. Sie sichern weiterhin die Akzeptanz bei den Vorständen der Diyanet-Vereine und dadurch die Mitwirkung an dem Projekt.

3. Multikulturelles Forum Lünen e.V.

Das Multikulturelle Forum beteiligt sich finanziell und organisatorisch am Projektbaustein "Politische Bildung" und bei Bedarf an weiteren Projektbausteinen.

Schulungsseminare

In den Schulungsseminaren erhält das Team der Diyanet-Moschee aktuelle und praktische Informationen, um Kinder und Eltern kompetent beraten und integrationsfördernde Maßnahmen unterstützen zu können.

In der Regel finden die dreitägigen Schulungsseminare zwei bis drei mal jährlich statt. Die Seminarinhalte werden nach aktuellen Themenstellungen in den Bereichen Kindergarten, Schule, Ausbildung und Gemeinwesen festgelegt. Dabei ergaben sich bisher folgende Schwerpunktthemen:

- Sprachförderung im Vorschulbereich, Rucksackprojekt
- Das deutsche Schulsystem
- Elternarbeit, Elterndiplom
- Jugendsozialarbeit, Jugendhilfe
- Drogenkonsum und Drogenprophylaxe bei Jugendlichen aus Migrantenfamilien
- Berufsausbildung in Deutschland
- Der Öffentliche Dienst als Ausbilder
- Interreligiöser Dialog / Vereinsarbeit

Die Seminareinheiten werden zielgruppenorientiert von fachlich kompetenten Referentinnen und Referenten moderiert. Im günstigsten Fall sind die Referentinnen und Referenten türkischsprachig, andernfalls werden die Vorträge von der Seminarleitung gedolmetscht.

Die Referenten kommen aus verschiedenen Arbeitsbereichen. Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem RAA-Verbund werden auch Vertreterinnen und Vertreter aus Institutionen wie z.B. dem Elternverein NRW, der LAGA, dem Multikulturellen Forum Lünen e.V., der Akademie Klausenhof, dem Landesinstitut Soest, der Personalverwaltung des Kreises Unna und der Jugendhilfe eingesetzt.

Politische Exkursionen

Zur Information über die politische Struktur in Deutschland und zum Gesprächsaustausch mit Politikerinnen und Politikern über die Situation von Migrantenfamilien werden mit den Projektadressaten Besuche bei den politischen Gremien vor Ort und in den Landtag organisiert.

Bildungsreisen nach Berlin ermöglichen zudem den Besuch des Bundestages und Gespräche mit den MdB's aus den entsprechenden Wahlkreisen. Weiterhin stehen dabei u.a. folgende Veranstaltungen auf dem Programm: Gespräche beim Innenministerium zum Zuwanderungsgesetz, Informationen über die Arbeit des Vereins 'Neue Erziehung' und Besichtigungen von kulturellen Einrichtungen wie z.B. dem Pergamon-Museum und dem Jüdischen Museum.

Ergebnisse/Evaluation

Bisher wurden 12 Schulungsseminare durchgeführt. Daran nahmen insgesamt 374 Diyanet-Imame aus allen Konsulatsbezirken in NRW teil. Gestartet wurde das Projekt 1998 von der RAA Kreis Unna in Kooperation mit dem Multikulturellen Forum Lünen e.V. und dem Religionsattaché des türkischen Konsulats in Essen. Im weiteren Projektverlauf entwickelte sich das

Trägernetzwerk mit dem RAA-Verbund und den Religionsattachés der türkischen Konsulate. Durch Teilnehmerbefragung werden die Seminare seit 2003 evaluiert. Die wichtigsten Ergebnisse aus den Befragungen können wie folgt zusammengefasst werden:

- 86 Prozent der Teilnehmer gaben an, dass sich ihre Erwartungen am Seminar zur vollsten Zufriedenheit erfüllt haben.
- 90 Prozent der TN waren mit der Themenvermittlung und Moderation durch die Referentinnen und Referenten sehr zufrieden.
- 96 Prozent wünschen sich eine Fortsetzung der Seminarreihe.

Auf die Frage, welche Themen in den zukünftigen Schulungen berücksichtigt werden sollen, wurden schwerpunktmäßig diese Antworten gegeben:

- Familien- und Erziehungsprobleme
- Drogen- und Spielsucht
- Sprachförderung
- Verwaltungs- und Gesundheitssystem
- Jugendarbeitslosigkeit
- Informationen für die Mütter/Elternbildung
- Kontakt zu deutschen Institutionen (Schulen, Kirchen u.a.)
- Informationen über die deutsche Kultur/Werte

Rückmeldungen zu der offenen Frage "Was gefällt Ihnen an diesem Schulungsseminar besonders?" fielen zusammengefasst wie folgt aus:

- Besonders gut gefiel den Imamen die Themenauswahl und die Informationsbreite. Die Mehrheit gab an, dass viele der dargestellten Problematiken neu für sie waren. Die dazu referierten Hintergründe und die Informationen zu den entsprechenden Ansprechpartnern im Gemeinwesen würden eine Hilfe für ihrer praktische Arbeit in der Moschee sein. Es gäbe nun Antworten auf einige offene Fragen, die sie selbst, aber auch viele in ihrer Moscheegemeinde gehabt hätten.
- Sehr begrüßt wurde "das Engagement" der RAA, durch die diese Schulungen ermöglicht werden.
- Mehrfach äußerten sich die Seminarteilnehmer auch positiv über die Vermittlungsmethodik in den Seminaren: Gruppenarbeit und praktische Übungen aus der Erwachsenenbildung waren für alle Teilnehmer neu und motivierend. Biografisch hatten sie bisher nur Erfahrungen mit dem klassischen Konfrontationsunterricht gemacht.
- Was ursprünglich gar nicht als Ziel angestrebt war, entwickelte sich im Verlauf der Schulungen als ein positives Nebenergebnis: Der Erfahrungsaustausch zwischen den in Deutschland neu eingesetzten und den erfahrenen Imamen und der Erfahrungsaustausch zwischen den jungen und den älteren Imamen wurde als sehr bereichernd erlebt. Durch das Projekt wurde auch der Erfahrungsaustausch über die einzelnen Konsulatsbezirke hinaus, also auf ganz NRW bezogen, angestoßen.
- Als problematisch hinsichtlich der Kontaktaufnahme und -pflege zu den deutschen Institutionen im Gemeinwesen bezeichnen die meisten Projektteilnehmer ihre fehlenden Deutschkenntnisse.

Kontaktadresse:

RAA Kreis Unna
Yusuf Yilmaz
Schulstr. 8
59192 Bergkamen
Tel. 02307 / 92 48 86
Fax: 02307 / 92 48 888
e-mail: raa@kreis-unna.de

Integration von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern

Förderung der Selbstorganisation und kommunale Netzwerkarbeit*¹⁾

Bereits zu Beginn der Neunziger Jahre – spätestens durch die offizielle Umbenennung der RAA zu "Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien" – wurde deutlich, dass die Integration der (Spät)Aussiedler auch durch die lokalen RAA unterstützt wird. Dies geschieht in der Regel über die Seiteneinsteigerberatung zur angemessenen Einstufung und Förderung der zugezogenen Schüler durch das Schulsystem.

Darüber hinaus kann die RAA aber noch mehr tun: Sie kann vernetzen, die Selbstorganisationen unterstützen und durch diese die interkulturelle Öffnung der Regeldienste im Hinblick auf die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler vor Ort fördern. Dies soll am Beispiel der Stadt Essen erläutert werden.

Erstberatung, Sprachförderung und Einzelprojekte genügen nicht

Mangelnde sprachliche Kompetenzen der Neuangekommenen, aber auch eine unzureichende interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Regelsystem: Wie in anderen Kommunen wurden auch in Essen die Hilfe suchenden Spätaussiedlerfamilien in den letzten Jahren meist an die aus Bundes- und Landesmitteln finanzierten Aussiedlerberatungsstellen verwiesen.

In Essen waren es die Jugendgemeinschaftswerke der Diakonie (heute Jugendmigrationsdienste) und des Caritas-Verbandes. Gleichzeitig trug die Delegation des Integrationsauftrages auf die Spezialdienste der freien Träger dazu bei, dass sich die sozialen Regeldienste und Beratungsstellen, ob öffentliche oder der freien Wohlfahrtspflege, kaum mit den vielschichtigen Lebenssituationen innerhalb der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler auseinandersetzen mussten.

Doch die personellen Kapazitäten und die notwendigen Fachkompetenzen innerhalb dieser speziellen Dienste waren nicht immer ausreichend, um jedem Spätaussiedler die notwendigen Hilfeleistungen anzubieten.

*1) Alle Spätaussiedler sind Russlanddeutsche und deren Familienangehörige aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (GUS-Staaten). In diesem Beitrag werden beide Begriffe verwendet, gemeint ist immer dieselbe Gruppe.

Aber auch die Politik auf allen Ebenen hat lange Zeit die Spätaussiedler nicht als eine Migrantengruppe definiert, sondern sie in erster Linie als "Deutsche", genauer gesagt als "deutsche Staatsangehörige" gesehen. Diese Definition hat auf der einen Seite die Russlanddeutschen in ihrem Selbstverständnis als Deutsche gestärkt. Auf der anderen Seite aber verzerrte sich dadurch die Fremdwahrnehmung der Situation der Spätaussiedler als Einwanderer in ein für sie fremdes (Deutsch)Land und den damit verbundenen Herausforderungen an eine umfassende gesellschaftliche (nicht nur sprachliche) Integration.

Zudem kamen bis Mitte der 90er Jahre überwiegend Deutschstämmige aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland (75 bis 80 Prozent). Die meisten konnten sich in Deutsch verständlich ausdrücken und waren auch kulturell vom Altdeutschtum geprägt. Heute kommen nur noch 20 bis 25 Prozent Deutsche, die anderen sind Familienangehörige anderer Nationalitäten. Sie haben aufgrund ihrer sprachlichen Voraussetzungen weniger Potenziale für eine schnelle Integration, insbesondere auf dem ohnehin äußerst eingeschränkten Arbeitsmarkt. Deswegen ist es heute besonders wichtig, zusätzlich zur Erstberatung neue Konzepte und Maßnahmen zur Integration von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern zu entwickeln, die alle gesellschaftlichen Ebenen mit einbeziehen. Nur einzelne Aspekte der gesellschaftlichen Integration (z.B. Integration durch Sport oder Förderung des ehrenamtlichen Engagements usw.) anzusprechen reicht nicht aus.

Für ein ganzheitliches Integrationskonzept hat die Vernetzung aller im Feld relevanten Partner und die Unterstützung von Selbstorganisationen der Spätaussiedler entscheidende Bedeutung.

Ausgangssituation in Essen

In Essen begann die Einwanderung der Russlanddeutschen erst ab 1993. Seitdem kamen jedes Jahr 450 bis 700 neue Spätaussiedler. Darüber hinaus zogen viele Russlanddeutsche aus anderen Kommunen nach Essen.

Mittlerweile leben hier etwa 10 000 russischsprachige Migranten. Etwa 80 Prozent von ihnen kamen als Spätaussiedler und deren Familienangehörige hierher. Die anderen 20 Prozent sind jüdische Kontingentflüchtlinge, Heiratsmigrantinnen und -migranten und anerkannte politische Flüchtlinge.

Noch Ende der Neunziger Jahre wurden hier die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, vor allem die Jugendlichen, in der Öffentlichkeit fast ausschließlich als eine Problemgruppe definiert. Die Jugendlichen traten bei Disco-Veranstaltungen im städtischen Jugendhaus als "Wodka-gewohnte Platzbesetzer" lautstark und aggressiv gegenüber den einheimischen Jugendlichen und der Mitarbeiterschaft auf und verschreckten auch einheimische Erwachsene (insbesondere ältere Frauen). In den örtlichen Medien erschienen mehrfach negative Berichte über Russlanddeutsche. Doch konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation wurden noch nicht unternommen. Den Anstoß für Umdenken und Handeln gaben die Russlanddeutschen selbst.

Von der russlanddeutschen Landsmannschaft zur Selbstorganisation im "Forum Russlanddeutsche e.V."

Im Herbst 2000 entstand in Essen eine Bürgerinitiative "Forum Russlanddeutsche in Essen". Ihre Stärke lag und liegt darin, dass die Mehrheit der Mitglieder Akademikerinnen und Akademiker sind, viele von ihnen hatten schon damals in ihren erlernten Berufen hier Fuß gefasst oder sich hier auf einer hohen Qualifizierungsstufe weitergebildet. Alle sprechen gut Deutsch. Diese Gruppe trat von Beginn an sehr selbstbewusst auf.

Initiator und Katalysator dieser Initiative war ein bereits in Deutschland ausgebildeter Sozialarbeiter. Er hatte schon während seines Projektstudiums an der Universität/GHS Essen und anschließend als Angestellter im Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes der Stadt Essen im Rahmen der "Projektgruppe Katernberg" (Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf) sehr eng mit dem Institut für stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen zusammengearbeitet.

In Rahmen dieser Tätigkeit lernte er,

- dass es bei der Arbeit mit sozial benachteiligten Gruppen sehr wichtig ist, nicht nur an der Beseitigung von Schwächen der Gruppe zu arbeiten, sondern auch vorhandene Potenziale zu erkennen und zu mobilisieren,
- offen für die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen zu sein.

Es entwickelte sich nicht nur das "Forum", sondern unter seiner Beteiligung auch der gesamte Bereich der Integrationsarbeit mit Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern in enger Kooperation mit der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit Essen in mehreren qualitativen Stufen. (Im folgenden wird zur besseren Lesbarkeit die Dienststelle RAA/Büro für interkulturelle Arbeit als RAA abgekürzt.)

Von der Kooperation zwischen Selbstorganisation und RAA zum Netzwerk "Spätaussiedlerintegration" im Rahmen des kommunalen "Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen"*2)

Nach seiner Gründung im Jahre 2000 ging das "Forum Russlanddeutsche" an die Öffentlichkeit und knüpfte erste Kontakte zur Politik, zur RAA und zu anderen städtischen bzw. nichtstädtischen institutionellen Akteuren in diesem Bereich.

Dazu gehörte auch – anlässlich einer vom "Forum" organisierten Ausstellung zur Geschichte der Russlanddeutschen – die Vorstellung des "Konzepts für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen".

Dies führte dazu, dass sich der Fokus auf die Gruppe der Spätaussiedler richtete und diese vom Rat der Stadt einstimmig als Zielgruppe in das gesamtstädtische Integrationskonzept (IKK) einbezogen wurde.

Im folgenden Jahr intensivierte das Forum seine Arbeit und begann in Zusammenarbeit mit anderen Trägern eigene Projekte:

- Durch Kooperation mit der Seiteneinsteigerberatung der RAA wurde deren Dienstleistung – insbesondere die angemessene Beurteilung der Schulzeugnisse aus den GUS-Staaten – für die Betroffenen und das Schulsystem optimiert. Aus diesen positiven institutionalisierten Kontakten zwischen RAA und der Migrantenselbstorganisation entstanden neue gemeinsame Vorhaben, wie z.B. ein fachunterrichtsbezogenes russisch-deutschsprachiges Förderprojekt für Schülerinnen und Schüler.
- Zusammen mit einem freien Träger ("Neue Arbeit der Diakonie") richtete das "Forum Russlanddeutsche" eine von der Agentur für Arbeit geförderte "Vermittlungsagentur 2. Chance" ein. Sie hat die Aufgabe, arbeitslose Fachkräfte unter den Spätaussiedlerinnen und -ausiedlern auf der Grundlage eines zweisprachig qualifizierten Profiling in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.
- Im Herbst 2002 beschloss der Rat der Stadt Essen, dass ein umfassendes Konzept zur Integration von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern zu erarbeiten sei.
- Ein Jahr später beschloss der Rat, "Sofortmaßnahmen" zu fördern – vor allem die Projekte des "Forums" und Maßnahmen zur Sprachförderung.

RAA und Migrantenselbstorganisationen als Netzwerkknoten bei der Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzepts zur Integration von Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern

Angestoßen durch die ehrenamtliche Tätigkeit des "Forums Russlanddeutsche e.V." erteilte der Rat der Stadt der Verwaltung im Herbst 2002 den Auftrag, unter Federführung der RAA ein "Handlungskonzept zur Integration der Spätaussiedler (Russlanddeutsche)" zu entwickeln. Die Umsetzung dieses Auftrages erfolgte in mehreren Schritten:

*2) Vgl. Zur Entwicklung und Steuerung des Essener Modells eines kommunalen Gesamtkonzepts für die Interkulturelle Arbeit den gesonderten Beitrag.

- Einrichtung von Personalkapazitäten zur verwaltungsinternen Koordinierung der Integrationsarbeit und Einbindung der interkulturellen Kompetenz der Selbstorganisation
- Analyse der Lebenssituation der Spätaussiedler in Essen durch eine Arbeitsgruppe der Verwaltung
- Konstituierung einer Entwicklungsarbeitsgruppe (EAG) Spätaussiedlerintegration im Rahmen des Konzeptes für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen mit den zentralen Institutionen in diesem Arbeitsfeld (u.a. Sozial- und Jugendamt, die lokalen Jugendgemeinschaftsdienste der freien Träger, Schulaufsicht, das "Forum Russlanddeutsche" und die RAA als geschäftsführende städtische Dienststelle) und Erarbeitung eines Eckpunkte-Papiers für das Handlungskonzept auf der Grundlage der Situationsanalyse.
- Diskussion des Eckpunkte-Papiers im Rahmen einer Fachtagung mit über 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den in diesem Arbeitsfeld vor Ort tätigen Institutionen zusammen mit dem Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung und Vertretern des Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL).
- Ausarbeitung des Handlungskonzepts durch die EAG mit Grundlinien, Schwerpunktaufgaben und insgesamt 61 Handlungsvorschlägen.
- Einstimmige Kenntnisnahme des Handlungskonzepts durch die Ratsgremien mit dem Auftrag an die EAG eine Prioritätenliste und eine Kostenaufstellung zu erstellen.
- Einvernehmliche Empfehlung der priorisierten 21 Handlungsvorschläge durch die Steuerungsgruppe für das Interkulturelle Konzept in der Stadt Essen und Verabschiedung des Maßnahmenkatalogs durch den neu gegründeten Ratsausschuss für Zuwanderung und Integration im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Mai 2005.

RAA und "Forum Russlanddeutsche": Kooperationspartner eines Projekts: "Integration von Spätaussiedlern durch interkulturelle Öffnung der Verwaltung"

Im Herbst 2003 entschied die EAG Spätaussiedlerintegration, dass die interkulturelle Öffnung der Verwaltung vorangetrieben werden sollte. Da die Spätaussiedlerintegration im Rahmen des kommunalen Konzeptes für die interkulturelle Arbeit als Querschnittsaufgabe betrachtet wird, übernahm die RAA die Trägerschaft für das vom 1.6. 2004 bis 31.5.2007 laufende Projekt.

Ziel ist es,

- das bestehende lokale Netzwerk zur Integration von Spätaussiedlern weiterzuentwickeln,
- die interkulturelle Personalentwicklung der Verwaltung und anderer in Essen aktiver Institutionen voranzutreiben,
- die Quote der zweisprachigen, bikulturellen Fachkräfte in der Verwaltung zu erhöhen,
- die Selbstorganisation "Forum Russlanddeutsche in Essen e.V." in ihrer Schlüsselfunktion als bikulturelle Vermittlungsinstitution zu stärken,
- die gegenseitige Akzeptanz bei Einheimischen, Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern und anderen Migrantengruppen zu fördern.

Zielgruppen sind zum einen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regeldienste der Stadtverwaltung und Wohlfahrtsverbände, wie auch der anderen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen (Polizei, Schulen, Kirchengemeinden, Sport- und andere Vereine), und zum anderen die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler selbst.

Was wurde erreicht und wie wurde es erreicht?

Das Projekt wird seit der Phase der Konzeptentwicklung kontinuierlich zusammen mit einer Planungsgruppe des "Forum Russlanddeutsche" umgesetzt und vom Netzwerk der EAG Spätaussiedlerintegration begleitet. Der bei der RAA angestellte Projektkoordinator stammt aus dieser Planungsgruppe des Forums.

Eine aus acht Mitgliedern des "Forums" gebildete Fachgruppe entwickelte mit Unterstützung einer externen Referentin ein Fortbildungskonzept zum Thema Spätaussiedler/Russlanddeut-

sche für die Regeldienste der Stadt Essen und setzt dies gegenwärtig um. Das Besondere daran ist die Tatsache, dass die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler zu ihrem Thema selbst Fachleute ausbilden (nach bisherigen Recherchen einmalig in Deutschland). Dieses Fortbildungskonzept ist nicht nur wegen der Authentizität des Expertenwissens der Betroffenen mit ihren persönlichen und ehrenamtlichen Erfahrungen in der Migrantenselbstorganisation interessant, sondern es repräsentiert auch ein professionelles Niveau: Vier von acht Experten sind bereits in Deutschland ausgebildete Sozialarbeiter, eine Person studiert noch.

Darüber hinaus haben zwei weitere Maßnahmen begonnen:

- Es wurden 21 Personen zu "Integrationslotsen" ausgebildet. Ihre Aufgabe ist es, die neu angekommenen Spätaussiedlerfamilien bei ihren ersten Schritten in Essen zu begleiten (Wohnungssuche, Kontoeröffnung, Schulanmeldung etc.). Sie werden dabei vom Personal aus der Stadtteilsozialarbeit fachlich unterstützt.
- "Bikulturelle pädagogische Fachkräfte" – hier werden 15 Fachkräfte aus den GUS-Staaten für die Arbeit in Deutschland ausgebildet. Sie erlernen die Fachsprache, das deutsche Bildungs- und Sozialsystem, KJHG, Schulrecht etc. Diese Fachkräfte sollen danach nicht nur auf Honorarbasis eingesetzt werden, sondern ihnen werden auch die Möglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in ihren erlernten Berufen erläutert. Es gibt einen Bedarf in Ganztagschulen, im Seiteneinsteigerprogramm für Lehrerinnen und Lehrer, in Aufbaustudiengängen und in Hilfen nach § 27 ff KJHG etc.

Institutionelle Förderung und Projektförderung des "Forum Russlanddeutsche"

Als Anerkennung für die bisher geleistete ehrenamtliche Arbeit erhält das Forum seit Ende 2004 eine institutionelle Förderung aus kommunalen Haushaltsmitteln. Diese Gelder werden überwiegend für die Anmietung von Vereinsräumen in einer ehemaligen Grundschule verwendet. Mit Unterstützung aus Projektmitteln organisierte der Verein eigene Veranstaltungen und beteiligte sich an anderen öffentlichen Veranstaltungen (z.B. Zechenfest, Zeche Zollverein-Weltkulturerbe). Dadurch wurde die Präsenz der Russlanddeutschen in der Öffentlichkeit sichtbar. Außerdem hat das Forum ein Projekt "Kunst-Kreativzentrum" begonnen. Hier arbeiten Fachleute aus GUS-Staaten mit Kindern im künstlerischen Bereich. Das Projekt ist für alle Interessenten, unabhängig von ihrer Herkunft, offen.

Zu den weiteren Maßnahmen, die die Öffnung der Regeldienste vorantreiben sollen, gehört z.B. die Schaffung von Praktikumsplätzen bei der Stadt Essen für bereits in den Herkunftsländern ausgebildete und hier formal anerkannte Fachkräfte, die Erweiterung des Sprachförderangebotes an Berufskollegs und die Einbeziehung der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler in die Arbeit von Sportvereinen etc.

Fazit: Seit dem 1. Januar 2005 ist durch das neue Zuwanderungsgesetz und die gleichzeitige Neuordnung der Zuständigkeit für die Migrationsberatung bei den freien Trägern im Rahmen der Bundesförderung ein neuer Koordinationsbedarf zwischen den institutionellen Akteuren entstanden, ohne dass jetzt schon klar ist, welche Auswirkungen diese Neustrukturierung des Marktes auf die Öffnung der Regeldienste haben wird. Die Migrantenselbstorganisation "Forum Russlanddeutsche e.V." in Essen wird sich als zukünftig anerkannter Träger der freien Jugendhilfe zusammen mit der RAA weiterhin aktiv in diesen Prozess einbringen.

Kontaktadresse: RAA/Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen
Viktor Hahn
Tiegelstr. 27, 45141 Essen
Tel. 0201/ 83 28 511
e-mail: viktor.hahn@raa-interkulturellesbuero.essen.de

The logo for RAA (Ressourcen-Agentur für Arbeit) consists of the letters 'RAA' in a bold, black, sans-serif font. To the right of the text is a stylized orange smiley face icon with a simple, rounded shape and a wide, open-mouthed smile.